

Steigende Zinskosten werden sich auch auf die Stadt Freiburg auswirken.

Die Freien Wähler wollen daher wissen, wie die Zinsaufwendungen der Stadt im Jahr 2021 waren und welche Zinsbelastung die Stadt innerhalb der nächsten fünf Jahre erwartet.

Die kritische Haltung der Freien Wähler gegenüber dem Thema „kommunale Verschuldung“ ist hinlänglich bekannt und so bereiten die steigenden Zinskosten der Fraktion große Sorgen. Schon ohne diese wird sich die Gesamtverschuldung der Stadt Freiburg bis zum Jahr 2025 in seinem Kernhaushalt sowie den städtischen Gesellschaften auf weit über 1,5 Milliarden Euro anhäufen.

„Angesichts der nun eingetretenen Zinswende auf dem Kapitalmarkt werden sich hieraus auch erhebliche Konsequenzen für den städtischen Gesamthaushalt ergeben“, ist sich der Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Gröger sicher und fügt hinzu: „Leider sind damit die schon immer geäußerten Befürchtungen unserer Fraktion eingetroffen“.

In einem Interview hat Bundesfinanzminister Christian Lindner angedeutet, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass sich die Belastung des Bundeshaushaltes für Zinsaufwendungen von gegenwärtig ca. 4 Milliarden Euro jährlich auf 30 Milliarden Euro jährlich erhöhen könnte.

„Diese Entwicklung wird gravierende Auswirkungen auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt haben, weshalb wir eine Anfrage gestellt haben“, so der Fraktionsvorsitzende, „unter anderem wollen wir wissen, wie hoch die Zinsbelastung im Jahr 2021 war und welche Zinsaufwendungen die Stadt mittelfristig erwartet“.

Die Antwort der Verwaltung wird nicht zuletzt darauf Einfluss haben, wie die Freien Wähler den kommenden Doppelhaushalt 2023/2024 mitgestalten und mittragen können.

Pressekontakt: